

STADT HERDECKE

Die Bürgermeisterin

Stadtverwaltung · Postfach 1561 · 58311 Herdecke

Herdecke, 24.03.2010

Stellungnahme

Aufgrund der jüngsten Berichterstattung in der lokalen Presse zu den Themen kommunaler Haushalt und Schließung des MiTTendriN möchte ich als Bürgermeisterin einige kurze Informationen zur Versachlichung der Diskussionen geben.

Erstens lege ich Wert auf die Feststellung, dass zwischen mir und der Koalition aus CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP keine Distanz besteht. Vielmehr existiert zwischen uns ein gutes Einvernehmen, das von einem offenen und vertrauensvollen Dialog geprägt ist. Unser Ziel ist, Herdecke vor den Folgen der Wirtschaftskrise zu bewahren und für die Zukunft sicher zu gestalten. Angesichts des Haushaltsdefizits von rund 8 Mio Euro und der daraus resultierenden Gefahr, einem Haushaltssicherungskonzept oder gar einem Nothaushalt unterworfen zu werden, bin ich mit dem Sparwillen der Koalition einverstanden und unterstütze ihn. Erreichen wir unsere Sparziele nicht aus eigener Kraft, wird künftig die Kommunalaufsicht für uns sparen, dann allerdings leidenschaftslos und mit erheblich geringeren Handlungsspielräumen für die Herdecker Verwaltung und Politik.

Zweitens habe ich mich bei der Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 18.03.2010 der Stimme enthalten. Die Liste der Änderungsanträge zum Haushalt 2010 enthielt 13 Vorschläge, bei denen über so genannte „zusätzliche freiwillige Leistungen“ der Kommune abgestimmt werden sollte. Bei einer drohenden Haushaltssicherung darf jedoch laut Kommunalverfassung nicht über zusätzliche freiwillige Leistungen beschlossen werden. Es bestand also die Gefahr, dass diese Beschlüsse im Nachhinein formell beanstandet werden müssen. Und zwar durch die Bürgermeisterin oder durch die Aufsichtsbehörde. Folglich wäre eine Zustimmung meinerseits zu dem gesamten Sparpaket obsolet gewesen. Ferner hätte nach heutigem Kenntnisstand in Bezug auf die Schließung des Jugendzentrums im Vorfeld der Debatte der Jugendhilfe-Ausschuss angehört werden müssen. Dieses Versäumnis, darin sind sich alle Beteiligten einig, muss nun umgehend korrigiert werden.

Drittens habe ich bei einer am 22.03.2010 im HoT „MiTTendriN“ stattgefundenen Versammlung den dort anwesenden Kindern, Jugendlichen, Eltern und Freunden des Hauses die „juristische Hilfe der Stadt“ angeboten. Diese Offerte geschah im Gegensatz zu der Darstellung in den Lokalteilen von WR und WP vom 24. März nicht als Affront gegen Jamaica, sondern weil ich gemäß der Gemeindeordnung dazu verpflichtet bin, diese Hilfestellung anzubieten.

Die von der Presse so gern herbeigeschriebene Kluft zwischen mir und der Koalition aus CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP besteht nicht. Ganz im Gegenteil, unser gemeinsames Anliegen ist, Herdecke zukunftsfähig aufzustellen.



Dr. Katja Strauss-Köster
Bürgermeisterin